

Stahl hat Zukunft – auch im Siegerland

40 Jahre Kampf um Standort und Arbeitsplätze

Eine der krisenanfälligsten Branchen der Wirtschaft ist die stahlproduzierende Industrie. Hier sind die für den Kapitalismus typischen Krisen mit der Abfolge von Unterbeschäftigung und Überproduktion besonders dramatisch und haben eine für die betroffenen Belegschaften verheerende Wirkung. Der kapitalistische Ausweg besteht u. a. aus Fusion der Unternehmen, Konzentration der Produktion, Auftragsverlagerungen, Stilllegung ganzer Werke, Entlassungen. Am Beispiel der Stahlwerke Südwestfalen ist zu erkennen, dass sich die Konzernleitungen dabei einen Dreck um die betroffenen Belegschaften und Regionen scheren.

Ein Überblick

1977: In den Werken Geisweid und Niederschelden haben die 7000 Beschäftigten trotz krisenhafter Konjunkturerwicklung gut zu tun.

1982: Die Krupp Stahl AG hat die Stahlwerke Südwestfalen übernommen und betreibt durch Umstrukturierung, Verlagerung, usw. Arbeitsplatzabbau. Trotz massiver Gegenwehr der Belegschaften werden in Geisweid und Niederschelden jeweils 500 Stellen gestrichen.

1987: Rheinhausen oder Geisweid? Vom „Optimierungsprogramm“ der Krupp Stahl AG sind letztlich beide Standorte betroffen. Rheinhausen mit dem Abbau von 5000 Arbeitsplätzen. Bei Südwestfalen fielen 1000 Stellen weg.

1989: Krupp legt neue Planungen vor. Von den 7000 Arbeitsplätze (1977) sind nur noch 3370 bei Südwestfalen vorhanden. Bis 1993 will man weitere 600 vernichten.

1993: Der Krupp-Vorstand gibt bekannt, dass das Geisweider Werk geschlossen werden soll. Nach 72 Tagen Arbeitskampf der Belegschaft, unterstützt von Belegschaften anderer Industriebetriebe, von Groß- und Einzelhandel, der Uni usw. wird der Standort gerettet, aber ein Drittel der Belegschaft muss gehen. Unter dem „Profilkonzept 1994“ und neuer Firmierung – Krupp Edelstahlprofile (KEP) – fanden zahlreiche Umstrukturierungen statt.

2004: Ein „Sicherungsprogramm“ verspricht in sarkastischer Weise neue Perspektiven für die Siegerländer Betriebe. Aber erst einmal wird Niederschelden geschlossen. Die Schweizer Swiss Steel AG, mit ihrem Haupteigner Schmolz & Bickenbach, kauft die Edelstahlwerke Südwestfalen (vormals KEP). Auch Edelstahlwerk Witten-Krefeld (EWK) wird von Schmolz & Bickenbach übernommen.

2017: KEP und EWK sind inzwischen zu Deutsche Edelstahlwerke zusammengeführt. In Geisweid ist die Stammbelegschaft auf unter 800 Beschäftigte geschrumpft. Hinzu

kommen noch 400 bis 500 Zeitarbeiter, die je nach Bedarf flexibel eingesetzt, also geheuert und gefeuert werden.

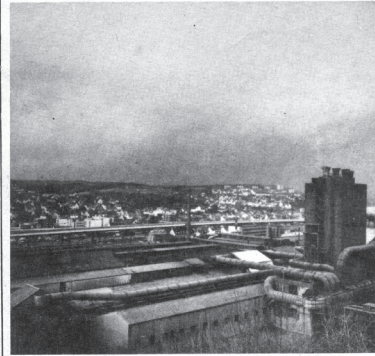
Stellenabbau nicht alternativlos: Vergesellschaftung und Arbeitszeitverkürzung

Die IG Metall hat schon 1983 gefordert: „... die Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik“ und eine „arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik nach Maßgabe der genannten Leitsätze“ mit Blick auf die „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“. Diese sei „untrennbar verbunden mit den Strategien des beschleunigten qualitativen Wachstums durch Förderung gesellschaftlich vorrangiger Bereiche und die Steigerung der Massenkauflkraft; der sozialen Produktivitätskontrolle durch den Kampf gegen eine menschenfeindliche Rationalisierungspraxis und für die Nutzung des technischen Wandels im Interesse der Arbeitnehmer; der Arbeitszeitverkürzung ... mit vollem Lohnausgleich ...“ (Entschließung Nr.7 der IGM auf dem 14. Gewerkschaftstag). Sie bekräftigte damit „die Notwendigkeit einer Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung durch gesellschaftliche Strukturereformen im Sinne des DGB-Grundsatzprogrammes“ und die Aktualität der Forderung nach volkswirtschaftlicher Rahmenplanung und Investitionslenkung; Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“.

An diese richtungsweisenden Beschlüsse sollten die Gewerkschaften jetzt wieder anknüpfen.



Noch sind die Öfen nicht an



Vorschläge der DKP zur

STAHLWERK ECHO

DKP-Betriebszeitung für die Stahlwerke Südwestfalen

Forderungen der DKP-Betriebsgruppe bei Krupp
Für ein Gesamtkonzept zur
Erhaltung der Stahlarbeitsplätze

In der Siegerländer Stahlindustrie hat es seit Ende 1978 einen dramatischen Rückgang der Beschäftigtenzahl gegeben.

Der Krupp-Vorstand will zur nächsten Aufsichtsrats-Wahl (Anf. April) eine langfristige Planung vorlegen.

Die für 1987 vorgesehene Vernichtung von 2.000 Arbeitsplätzen muß als Auftrag der von Cromme angekündigten Personalabbau-Aktion von 5.000 bis 6.000 Beschäftigten gesehen werden (Westf. Rundschau vom ...)

Ökologische Richtung in unserer Volkswirtschaft eingeschlagen werden soll, gerade die moderne Stahlindustrie bietet alle Voraussetzungen, schrittweise den dringend notwendigen ökologischen Umbau unseres Industriesystems vorzunehmen. Allein für die notwendigen Investitionen im Umweltschutzbereich werden riesige

Uns bleibt nur eine Wahl:
Solidarität hilft Siegen!
 Siegerland kocht weiter Stahl!

VERGESELLSCHAFTET JETZ!



VK VS VERW

Uns bleibt nur eine Wahl:
Solidarität hilft Siegen!
 Siegerland kocht weiter Stahl!



STAHLWERK ECHO

DKP - BETRIEBSZEITUNG FÜR DIE BELEGSCHAFT DER STAHLWERKE

Für Erhalt aller Stahlarbeitsplätze im Siegerland!

35 **Arbeitszeit verkürzen heißt Arbeitsplätze schaffen!**

Uns bleibt nur eine Wahl:
Solidarität hilft Siegen!
 Siegerland kocht weiter Stahl!

ie
us!



Erhaltung



HAFTUNG
T!
ALTUNG



RK

SÜDWESTFALEN

titze



Fusionspläne und „Synergieeffekte“ Was tut sich bei ThyssenKrupp?

Veränderungen im Stahlbereich an Rhein und Ruhr haben immer auch Auswirkungen auf die Stahlproduktion im Siegerland. Deshalb ist für die ca. 1200 Beschäftigten von ThyssenKrupp Steel (TKS) an den Standorten Eichen und Ferndorf größte Wachsamkeit geboten.

Gerüchte über eine mögliche Fusion der Stahlsparte von ThyssenKrupp mit Tata Steel (Indien) verstummen nicht. Erfahrungsgemäß geht es bei solchen Elefantenhochzeiten immer auch um den Abbau von Arbeitsplätzen. Die Konzernleitung bereitet offensichtlich entsprechende Maßnahmen vor. Bereits im April hat der TKSE-Vorstand Effizienzsteigerungen bei Personal, Instandhaltung und Reparatur, Logistik, Vertrieb und Verwaltungskosten im Gesamtumfang von 500 Mio. Euro und die Schließung von Teilanlagen angekündigt.

„Dumping – Importe“ und Protektionismus. Dafür keine Umweltpolitik

Als eine der Ursachen für die gegenwärtigen Probleme der europäischen Stahlindustrie werden die wachsenden Importe aus China gesehen. Handelsbeschränkungen, wie von den USA gegen einige Stahlimporteure (aktuell Salzgitter AG und Dillinger Hütte) oder von der EU gegen chinesische und russische Stahlimporte praktiziert, können keine Lösung sein.

Die Stahlhersteller fordern EU-Strafzölle gegen Importe vor allem aus Asien und lehnen umweltpolitisch dringende Maßnahmen wie die Verschärfung der CO₂-Auflagen als „Wettbewerbsnachteile“ ab. Sie wollen einen Ausgleich der Strompreiserhöhungen über 2020 hinaus bzw. sogar einen vollständigen Ausgleich erreichen.

Zahlen sollen die Energiewende die Bürgerinnen und Bürger: mit Arbeitsplatzverlust, Lohnkürzungen und Abwälzung der Energiekosten der Großkonzerne auf die Bevölkerung.

Nicht spalten lassen – sondern solidarisch handeln!

Positionen der DKP

Wie so oft wird versucht, die Belegschaften national und international gegeneinander auszuspielen. Handelskriege sind keine Lösung. Stattdessen brauchen wir die Mobilisierende Kraft der für die Stahlbranche zuständigen Gewerkschaften zum solidarischen, gemeinsamen internationalen Kampf.

Gibt es tatsächlich zu viel Stahl? Die DKP sagt: Nein!

Gedeckter Marktbedarf ist keinesfalls gleichbedeutend mit der Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerung.

- ★ Der Ausbau des ÖPNV, die Energiewende, der Ausbau der Infrastruktur, ein verstärkter Wohnungsbau etc. sind undenkbar ohne den Werkstoff Stahl. Die DKP fordert in ihrem Sofortprogramm u. a.
 - den Bau von einer Million Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren,
 - den Neubau von 2000 Schulen, 1000 Jugendzentren und 1000 Kindertagesstätten
 - und ein Investitionsprogramm zur Beseitigung des Sanierungsstaus bei Krankenhäusern in Höhe von 4 Mrd. Euro, bei Schulen in Höhe von 4 Mrd. Euro und im Öffentlichen Nahverkehr in Höhe von 6 Mrd. Euro.
- ★ Jeder Stahlarbeitsplatz sichert 2,3 weitere Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Bereichen.
- ★ Stahl ist fast 100 Prozent recycelbar; neuer Stahl wird zu fast 50 Prozent aus Schrott gewonnen. Die Eisenerzvorkommen sind endlich, deshalb ist der sorgfältige Umgang mit den Ressourcen notwendig.
- ★ Einführung der 30 Stundenwoche für alle bei vollem Lohn -und Personalausgleich sichert auch in der Zukunft Stahlarbeitsplätze!